

südwest**blick**

»NEIN« zum Betrieb des Flughafens in Tempelhof

Für die Zukunft unserer Stadt und mehr Demokratie



Zeichnung: Julia Opitz



CDU und der Springerkonzern versuchen den Eindruck zu erwecken, die Schließung des Flughafens sei Entscheidung gegen die Berlinerinnen und Berliner. Doch ein Flughafen in Tempelhof nutzt nur wenigen.

Ein vom Flugbetrieb befreites Gelände dagegen bietet allen Menschen neue Möglichkeiten – für Freizeit, Erholung, Sport und Kultur, Arbeit und Leben. Der Volksentscheid gibt den Menschen in dieser Stadt die Chance, ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dafür haben wir lange Zeit kämpfen müssen und darum sollten wir diese Möglichkeit jetzt auch nutzen! Und deshalb werben wir dafür, daran teilzunehmen und mit »NEIN« zu stimmen. Als ein Zeichen für die Zukunft der Stadt und für eine lebendige Demokratie.

Klaus Lederer, MdB

Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE

Eines steht fest: der 27. April 2008 wird in die Geschichte Berlins eingehen. Zum ersten Mal kommt es auf das Verlangen der Bürgerinnen und Bürger hin zu einem Volksentscheid. Für uns, die Partei DIE LINKE, ist das auch eine Bestätigung, dass die vor zwei Jahren durch uns vereinfachten Voraussetzungen für mehr direkte Demokratie in der Praxis tauglich sind und nicht wie zuvor nur als theoretische Möglichkeit auf dem Papier stehen.

Am 27. April wird es um die Frage gehen, ob es in Tempelhof weiterhin einen Verkehrsflughafen geben soll. DIE LINKE in Berlin lehnt dieses Ansinnen ab. Denn gegen den Weiterbetrieb eines Flughafens in Tempelhof sprechen – wie man auf den folgenden Seiten nachlesen kann – viele Gründe. In erster Linie sind das die Umweltbelastung und Unfallge-

fahren, aber auch wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Erwägungen.

Deshalb hätten wir uns für den ersten Volksentscheid auch ein anderes Thema vorstellen können. Eines, das sich mit den Interessen aller Menschen in der Stadt verbindet, statt einem, das die Erinnerung von Menschen für das Gewinninteresse von wenigen privaten Airlines instrumentalisiert und das parteipolitische Kalkül der CDU gegen Rot-Rot in Berlin bedient.

Die Befürworter eines Flugbetriebs in Tempelhof um die ICAT (Interessengemeinschaft City-Airport Tempelhof), die



Foto: Archiv

Für die Schließung des Flughafens Tempelhof wirbt ein breites Bündnis: Tilman Heuser (BUND), Heidemarie Fischer (AWO), Michael Müller (SPD), Irmgard Franke-Dressler (Grüne), Klaus Lederer (DIE LINKE) und Thorsten Hauschild (NABU) [von links]

Neues Deutschland und DIE LINKE. laden vom 13. bis 15. Juni 2008 gemeinsam mit Partnern erstmals zum Fest der LINKEN nach Berlin.

In der KULTURBRAUEREI (Prenzlauer Berg) erwartet das 50. ND-Pressesfest mit Künstlern und prominenten politischen Akteuren aus dem In- und Ausland seine Besucher. Ein dichtes Programm von Talk, Familie und Kultur wird die ND-Leser und alle Gäste an diesem Wochenende begeistern.

13. bis 15. Juni 2008, KULTURBRAUEREI Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin

DIE LINKE.

Bezirksverband
Steglitz-Zehlendorf

südwest**blick**

Ausgabe 2/2008

die-linke-steglitz-zehlendorf.de

Öffentlicher Dienst: Wäre mehr drin gewesen?

Der Tarifkonflikt für die 2,1 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommune, inklusive Eigenbetriebe, wurde zur Überraschung vieler Beobachter ohne Streik beigelegt.

Das Verhandlungsergebnis wird innerhalb der Gewerkschaft kontrovers diskutiert. Bis zum 11. April können die Mitglieder in einer Mitgliederbefragung der Empfehlung der Tarifkommission zustimmen oder diese ablehnen. Vor allem umstritten ist die Verlängerung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich in den westlichen Bundesländern um eine halbe Stunde auf 39 Wochenstunden. Ein zentrales Ziel der Warnstreiks wurde aufgegeben, die meisten Gegenstimmen dürften daher aus den westlichen Bundesländern kommen. Denn Arbeitszeitverlängerung ist beschäftigungspolitisch kontraproduktiv, führt automatisch zu Stellenabbau und weiterer Arbeitszeitverdichtung. Viele Beschäftigte arbeiten zudem in Bereichen, in denen eine Mehrbelastung unzumutbar ist. In Krankenhäusern gab es zwar keine Arbeitszeitverlängerung, jedoch fallen die Gehaltssteigerungen im Gegenzug etwa 2 Prozent geringer aus.

Insofern stehen die seit vielen Jahren des Gehaltsverzichts zugestandenen Einkommenserhöhungen von durchschnittlich 5,1 Prozent in 2008, sowie 2,8 Prozent und einer Einmalzahlung von 225 Euro in 2009 unter keinem guten Stern. Denn Inflation und Arbeitszeitverlängerung fressen wieder vieles auf. Positiv hingegen ist der Sockelbetrag von 50 Euro, der den Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen zugute kommt. Auch die Azubis



erhalten 70 Euro mehr, die Übernahme wurde jedoch nicht geregelt. Ein Erfolg ist auch die endgültige Anhebung der Tarife im Osten auf Westniveau, die 40 Stunden-Woche im Osten jedoch bleibt bestehen.

Zwar wurde unter dem Strich mehr erreicht als in den letzten Jahren, die Trendwende in der Tarifpolitik wurde durch diesen Kompromiss jedoch nicht geschafft. Was besonders verblüfft ist, dass ver.di über viele Wochen in den Warnstreiks eine enorme Kampfkraft gezeigt hat, ein Streik jedoch nicht gewagt wurde. Denn die Unterstützung wäre ähnlich dem GDL-Streik in der Bevölkerung vorhanden gewesen.

Warum also kein Streik? Es liegt wahrscheinlich in der Natur der Sache. Tarifrunden scheinen zu Kompromissen, wenn sich beide Seiten bewegen. Die Arbeitgeber wollten anfangs lediglich Gehaltserhöhungen unter der Inflationsgrenze zugestehen. Hier hat ver.di

was erreicht, auch die Einmalzahlungen und der Sockelbetrag sind beachtlich. Gleichzeitig gibt es in ver.di auch die Erfahrung aus den letzten Jahren, dass trotz Streik die eigenen Forderungen nicht durchgesetzt werden. So wurde 2006 in Baden-Württemberg trotz neunwöchigen Streiks der Krankenhausbeschäftigten die 39-Stunden-Woche vereinbart.

Plausibel ist jedoch nicht, warum ohne Streik mehr rauszuholen ist als mit Streik. Das zeigt die Erfahrung des GDL-Streiks und vieler Streiks der Berliner Beschäftigten in den letzten Jahren. Möglicherweise spielen auch politische Erwägungen eine Rolle. So war das beispielsweise als sich DGB-Chef Michael Sommer 2004 gegen eine massive Unterstützung der Montagsdemonstrationen entschied, da sonst, so Sommer, »eine andere Republik« gedroht hätte.

Ein großes Problem ist, dass die vielen Tarifkonflikte isoliert voneinander ausgefochten werden und eine gemeinsame Bezugnahme, gar ein gemeinsamer Kampf nach deutschem Tarifrecht so gut wie nicht möglich ist. Eine gemeinsame Bewegung bis hin zum Streik aller Beschäftigten, gemeinsam mit Erwerbslosen, könnte jedoch den notwendigen Druck für eine soziale Politik auf Regierung und Unternehmer ausüben. Der politische Streik ist daher durchaus eine Frage von strategischer Bedeutung für die Gewerkschaften. Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst zeigt zwar, dass durch Streiks wahrscheinlich mehr möglich gewesen wäre. Eine »andere Republik«, in der der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht, braucht jedoch auch politische Streiks als Instrument der gesellschaftlichen Veränderung.

Sascha Kimpel

Mitglied der LAG Betrieb und Gewerkschaft

Der Zug der Erinnerung kommt nach Berlin

Vom 13. bis 24. April auf verschiedene Bahnhöfe

DIE LINKE fordert die Deutsche Bahn AG auf, den Halt des »Zuges der Erinnerung« an all den Stationen zu ermöglichen, die von der örtlichen Unterstützungs-Initiative beantragt wurden (Grunewald, Hauptbahnhof, Lichtenberg, Schöne-weide und Westhafen).

Die Begründung der DB AG für ihre Ablehnung eines Halts an den Stationen Grunewald, Hauptbahnhof und Schöne-weide, diesem würden »betriebliche Erfordernisse« entgegen stehen, wurde zuvor bereits in Köln und Hamburg abgelehnt und konnte dann doch ausgeräumt werden.

Wir erwarten, dass die Deutsche Bahn auch in Berlin den erforderlichen politischen Willen für eine einvernehmliche Lösung aufbringt.



Bahnhof Berlin Grunewald, Gleis 17, von hier wurden Juden durch das NS-Regime deportiert. Der »Zug der Erinnerung« wird hier Halt machen.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Auch in Steglitz-Zehlendorf?



ND-Foto: Burkhard Lange

Rudi Dutschke – Eine Straße trägt jetzt seinen Namen

Vor fast drei Jahren trat das Gesetz »Mehr Demokratie für Berlinerinnen und Berliner« in Kraft, mit dem unter anderen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Berliner Bezirken eingeführt worden sind.

Durch die Reformen besitzt Berlin auf Bezirks- bzw. Kommunalebene nun seitdem die in ganz Deutschland bürgerfreundlichsten Vorgaben und Verfahren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Direkt nach deren Einführung hat es auch gleich einen wahren Sturm auf diese neuen Beteiligungsinstrumente gegeben. Innerhalb von einem Jahr wurden insgesamt 15 Bürgerbegehren gestartet. Es hatten sich offensichtlich viele Anliegen aufgestaut, die vorher von den Bezirken nicht hinreichend aufgegriffen worden sind. Verwunderlich ist allerdings, warum bisher kein einziges Mal in Steglitz-Zehlendorf aufgebeht wurde. Dabei gebe es doch sicherlich genug Themen.

In den anderen Bezirken standen bisher Themen aus den Bereichen Infrastruktur (z.B. Bau oder Renovierung von Schwimmbädern, Zusammenlegung von Schulen), Privatisierung (z.B. Verkauf öffentlicher Einrichtung), Verkehr (z.B. Parkraumbewirtschaftung, Bau von Straßen) und vor allem konkrete Bauprojekte im Mittelpunkt.

Eines der bekanntesten Bürgerbegehren war dabei wohl das Begehren »Pro Kochstraße« in Friedrichshain-Kreuzberg. Mit dem Bürgerbegehren wollten die Initiatoren die Umbenennung der Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße verhindern. Im Januar 2007 sprachen sich jedoch 57,1 Prozent der Abstimmenden gegen das Begehren und somit für die Umbenennung der Koch- in Rudi-Dutschke-Straße aus.

Das liegt zum einen am Symbolcharakter des Themas. Zum anderen hat dazu aber auch beigetragen, dass die Tageszeitung taz, mit Unterstützung der Linken, eine Gegenkampagne (»Ja, ich bin für die Rudi-Dutschke-Straße!«) gestartet hat.

Dass der Bezirk nicht einfach vollendete Tatsachen geschaffen und die Straße umbenannt hat, ist ebenfalls positiv zu bewerten.

Ein weiterer interessanter Fall war die Initiative »Für den Erhalt der Bethanien«. Mit dem Bürgerbegehren sollte der Verkauf des Künstlerhauses Bethanien an einen privaten Investor verhindert werden. Anliegen war es, das ehemalige Krankenhaus stattdessen zu

einem Zentrum zur Förderung kultureller, künstlerischer und sozialer Projekte auszubauen. Im Ergebnis, verständigte sich das Bezirksamt mit der Initiative und beschloss, das Bethanien nicht zu verkaufen, sondern in öffentlicher Hand zu behalten beziehungsweise an einen gemeinnützigen Träger zu übergeben.

Die beiden Beispiele zeigen, dass mit einem Bürgerbegehren auch linke und emanzipatorische Politik durchsetzbar ist.

Hier nun eine kurze Übersicht über den Ablauf des zweistufigen Verfahrens:

Das Bürgerbegehren – Themen

Die BürgerInnen eines Bezirks können in allen Fragen, zu denen die BVV Beschlüsse fassen kann, Bürgerentscheide beantragen (Bürgerbegehren).

Zum Bezirkshaushaltsplan, zu den Sondermitteln der BVV und zu bestimmten Fragen der Bauleitplanung sind allerdings nur Bürgerbegehren und Bürgerentscheide mit empfehlendem Charakter zulässig.

Hürden

Ein Bürgerbegehren ist zustande gekommen, wenn es innerhalb von sechs Monaten von drei Prozent der zur BVV Wahlberechtigten unterstützt wird. Die Unterschriften können von den Initiatoren frei gesammelt werden.

Der Bürgerentscheid – Schutzwirkung

Von der Feststellung des Zustandekommens bis zum Bürgerentscheid dürfen die Bezirksorgane keine gegenteiligen Entscheidungen mehr treffen oder umsetzen.

Information

Die Stimmberechtigten werden über Ort und Termin des Bürgerentscheids informiert. Jeder Haushalt, in dem ein Stimmberechtigter wohnt, erhält Informationen, in denen die Argumente der Initiatoren und der BVV in gleichem Umfang dargestellt werden.

Abstimmung

Stimmberechtigt sind alle zur BVV Wahlberechtigten. Eine Vorlage ist angenommen, wenn sie eine Mehrheit der Stimmen erhält, sofern sich mindestens 15 Prozent der Wahlberechtigten am Bürgerentscheid beteiligt.

Es existieren also durchaus Möglichkeiten der direkten Mitwirkung. Nun ist es an der Zeit, diese auch einzusetzen!

Dr. Michael Efler

Mehr Demokratie e. V.

Erinnern für die Zukunft

Gedanken zum 8. Mai



Foto: Archiv

»Die Säule der Gefangenen« an der Wismarer Straße in Lichterfelde

Auch in diesem Jahr werden wieder ehemalige Häftlinge des KZ-Außenlagers Lichterfelde aus mehreren europäischen Ländern und aus Israel bei uns in Steglitz-Zehlendorf zu Gast sein.

Sie folgen einer Einladung der Initiative KZ Außenlager Lichterfelde e.V. (IKZ), Steglitz-Zehlendorfer Bürger und Bürgerinnen, denen es gelungen ist, das Andenken an dieses Außenlager des KZ Sachsenhausen vor dem Vergessen zu bewahren. Dieses Lager, von den Lichterfeldern etwas zynisch »Sportclub Blau-Weiß« genannt, lag in der unmittelbaren Nähe von Wohngebieten und war für alle sichtbar.

Heute erinnert eine an der Wismarer Straße in der Nähe der Eugen-Kleine-Brücke errichtete Säule an dieses Lager, dessen Fläche inzwi-

schen mit Wohnhäusern bebaut wurde. Mit dem Engagement für diese Gedenksäule, der Recherche der Geschichte des Lagers und den jährlichen Feierlichkeiten hat der Verein mit seinem Vorsitzenden Klaus Leutner einen wesentlichen Beitrag zur Erinnerungskultur geleistet, schon zu einer Zeit, als dieser Begriff für die hiesigen Bezirkspolitiker des konservativen Spektrums noch ein Fremdwort war.

Die tatkräftige Unterstützung vieler Ehrenamtlicher, von Kirchengemeinden und Schulen machen diese Woche der Begegnung auch in diesem Jahr zu einem herausragenden Ereignis im Bezirk. Unsere ausländischen Gäste treten im Rahmen von Zeitzeugengesprächen in Dialog mit Schülern/innen, mit Auszubildenden der Ausbildungsstätte der SOS-Kinderdörfer und mit Gemeindegliedern der Petrusgemeinde.

Höhepunkt des diesjährigen Aufenthalts ist der Abend der Begegnung in der Petrusgemeinde mit der Aufführung des »Requiem für B« des Magdeburger Komponisten Warnfried Altmann, das er zu Ehren aller Opfer der Hitler-Diktatur komponiert hat. Der Chor der Gemeinde und der Komponist wirken an der Aufführung mit.

Das Medienkompetenzzentrum in Düppel hat in Zusammenarbeit mit Metaversa e.V. bereits im letzten Jahr eine sehr einfühlsame Dokumentation über den Besuch der überlebenden KZ-Häftlinge gefertigt. Die Jugendlichen angeleitet durch kompetente Medienwissenschaftler werden ihre Arbeit 2008 fortsetzen. Diese Aufzeichnungen sind eine Möglichkeit, die Vergangenheit lebendig zu halten, wenn die Zeitzeugen/innen nicht mehr berichten können.

Doch solange sie sich aber noch auf den Weg zu uns machen können, gilt: Fragt sie, solange es noch möglich ist.
Sieglinde Wagner, IKZ

Termine

Sonnabend, 12. April, 18.00 Uhr

Gedenkundgebung für die aus Berlin deportierten jüdischen Kinder und Jugendlichen

Entzünden von 4656 Kerzen anschließend Schweigemarsch zur Konzernzentrale der DBAG am Potsdamer Platz

13. bis 22. April

Aufenthalt des ZUGES DER ERINNERUNG in Berlin.

(siehe auch Seite 2)

Mittwoch, 16. April, 17.00 Uhr

BVV-Sitzung

Mit Bürgerfragestunde zu Beginn Rathaus Zehlendorf, Bürgersaal, Kirchstraße 1-3

Sonnabend, 26. April, 15 Uhr

Einweihung des Stolpersteines für Julius Wordelmann

(Widerstand gegen das NS-Regime) Berliner Str. 71 in Zehlendorf

Sonntag, 27. April

Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof

Donnerstag, 1. Mai, 10 Uhr

DGB-Demonstration

Treffpunkt: DGB-Haus Keith-/Kleiststr. 11:30 Uhr Kundgebung am Brandenburger Tor (Platz des 18. März)

Dienstag, 6. Mai, 19:30 Uhr

Abend der Begegnung mit ehem.

Häftlingen des KZ-Außenlagers Lichterfelde

Petrus-Kirche, Oberhofer Platz (siehe nebenstehenden Artikel)

Donnerstag, 8. Mai, 10 Uhr

Gedenkfeier an der »Säule der Gefangenen«

Wismarer Str., Nähe Teltowkanal (Eugen-Kleine-Brücke)

Dienstag, 13. Mai, 19.30 Uhr

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf: Öffentliche Mitgliederversammlung

Rathaus Zehlendorf, Raum C21, Kirchstraße 1/3

Mittwoch, 21. Mai, 17.00 Uhr

BVV-Sitzung

Mit Bürgerfragestunde zu Beginn Rathaus Zehlendorf, Bürgersaal, Kirchstraße 1-3

Impressum

südwestblick

Ausgabe 2/2008
die-linke-steglitz-zehlendorf.de

Herausgeber

DIE LINKE Berlin,
Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

Redaktion

Redaktionskollektiv des

DIE LINKE, Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf; V.i.S.d.P.:

Sieglinde Wagner

Schlussredaktion dieser Ausgabe:

Edith Pfeiffer

Kontakt per E-Mail:

swb@die-linke-steglitz-zehlendorf.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte

sinntwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete

Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der

Redaktion.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 31. März 2008.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 12. Mai 2008.

Die nächste Ausgabe erscheint am 31. Mai 2008.

Druck: Druckerei Bunter Hund | Tel. (030) 441 37 37

Gestaltung: sternberg Media | Tel. (030) 42 85 20 88

40 Jahre 1968

Die letzte Schlacht gewinnen wir.

2. bis 4. Mai in Berlin

Diskussionen | Workshops | Filme
Infos & Anmeldung für den 1968 Kongress
unter www.1968kongress.de